



LAND BRANDENBURG

**Landesbetrieb
Forst Brandenburg**
- untere Forstbehörde -

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Forstamt Oder-Spree | Frankfurter Str. 7 | 15518 Briesen

Forstamt Oder-Spree

Planungsbüro Wolff GbR
Friedrich-Ebert-Str. 88
14467 Potsdam

Bearb.: Revierleiter Michael Ueck
Gesch.Z.: 080-3-FoA-07-
7002/107+83#420013/2025
Akt-Z: 07.10-3154/15/25
Hausruf: +49 3366 152994
Fax:
FoA.Oder-Spree@lfb.brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Briesen, 19.06.2025

Flächennutzungsplan der Gemeinde Tauche Vorentwurf Fassung vom Januar 2025, Beteiligung Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB

Hier: Stellungnahme der unteren Forstbehörde, Forstamt Oder-Spree

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans der Gemeinde Tauche wurden von der unteren Forstbehörde, Forstamt Oder-Spree geprüft.

Es wurde festgestellt, dass im Rahmen der Planung Wald gemäß § 2 LWaldG¹ betroffen ist.

Die besagte Waldfläche befindet sich im Ortsteil Ranzig, Gemarkung Ranzig, Flur 1, Flurstück 97 und hat eine Größe von ca. 5000 m². Die untere Forstbehörde führt die Fläche im Waldverzeichnis des Landes Brandenburg zum Waldgebiet Tauche (WAG 173), Abteilung 4144 b 7.

Entsprechend der Waldfunktionenkartierung des Landes Brandenburg wurden dieser Waldfläche folgende Waldfunktionen zugewiesen:

- WF 2100 - Wald auf erosionsgefährdeten Standort,
- WF 3100 - Lokaler Klimaschutzwald,
- WF 8102 - Erholungswald

Hier wurde der Wald mit der Nutzung „M“ (Gemischte Bauflächen) überplant.

Dienstgebäude

Frankfurter Str. 7

Telefon

(033607) 59260

Fax

(0331) 275484433

15518 Briesen

Die überplante Waldfläche wird aufgrund der vorhandenen Waldfunktionen forstfachlich als nicht kompensierbar gewertet.

Damit ist eine angedachte Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart zu versagen.

Der Vorentwurf des Flächennutzungsplans Tauche ist dahingehend anzupassen, dass durch die Änderungen eine Betroffenheit von Waldflächen gemäß § 2 LWaldG nicht mehr gegeben ist.

Die untere Forstbehörde stimmt dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans der Gemeinde Tauche nicht zu.

Begründung:

Nach § 1 LWaldG hat die untere Forstbehörde den Auftrag, den Wald wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Tier- und Pflanzenwelt, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die natürlichen Bodenfunktionen, als Lebens- und Bildungsraum, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) sowie wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und gem. § 4 LWaldG seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern.

Bei der Entscheidung über eine geplante Nutzungsartenänderung sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Die in § 8 Abs. 2 Satz 2 LWaldG als Belange der Allgemeinheit zu wertenden Fallgruppen ergeben sich aus

1. den Zielen der Raumordnung

2. der Erhaltung des Waldes im öffentlichen Interesse

Das grundsätzliche Interesse am Walderhalt ist in § 1 Nr. 1 LWaldG normiert.

2.1. wegen des Waldanteils im Territorium

Das Bewaldungsprozent in der Gemarkung Ranzig beträgt 26 %.

2.2. wegen der Bedeutung für die forstwirtschaftliche Erzeugung

Der in Rede stehende Waldbestand ist als Nutzwald kartiert (Waldfunktion 9100).

2.3. wegen der Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes
Der in Rede stehende Wald ist als Wald auf erosionsgefährdeten Standort (Waldfunktion 2100) und als lokaler Klimaschutzwald (Waldfunktion 3100) kartiert.

2.4. wegen der Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung
Der in Rede stehende Wald ist als Erholungswald kartiert (Waldfunktion 8102).

2.5 wegen der Erhaltung einer Waldrandfläche

2.6 als Vorbildwirkung für andere Waldbesitzer

Ziele der Raumordnung als Ist-Versagungsgrund stehen der Planung am besagten Standort nicht entgegen.

Der örtliche Waldanteil von 26 % ist weder problematisch (unter 20 %) und auch nicht als bedenklich (unter 10 %) zu bewerten und ist somit vorliegend kein Soll-Versagungsgrund. Der Wald als überragendes Rückzugsgebiet für viele Tier- und Pflanzenarten und als Erholungsraum ist zwar weiterhin gefragt, aber als Ressource weiterhin ausreichend verfügbare Grundlage zur Sicherstellung dieser Bedürfnisse.

Besonders leistungsstarke Bestände und auch besonders hochwertige Holzvorräte sind nicht betroffen, woraus sich keine besondere ökonomische Schutzbedürftigkeit im Sinne einer Rohstoffsicherungsreserve ableiten ließe. Ein öffentliches Interesse am Walderhalt aus diesem Grund ist nicht begründbar.

Die Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart ist auf Grund der im Einzelfall zu erfüllenden Waldfunktionen aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen, da diese nicht kompensiert werden können.

Wald auf erosionsgefährdeten Standort (Waldfunktion 2100):

Der Bodenschutzwald dient dem Schutz des Standortes sowie benachbarter Flächen vor Wassererosion, Rutschungen und Bodenschüttungen.

Alle zur Destabilisierung des Bodens beitragende Behandlungen und Eingriffe wie Bodenverwundung, Auflichtung, Befahrung, Verdichtung des Bodens u. a. m. sollten vermieden werden.

Lokaler Klimaschutzwald (Waldfunktion 3100)

Lokaler Klimaschutzwald liegt in der Umgebung von Wohnstätten, Erholungsanlagen und klimaempfindlichen Sonderkulturen.

Klimaschutzwald sollte aus hohen, geschlossenen Beständen als Dauerbestockung (ausgeglichene Altersstruktur) bestehen.

Erholungswald (Waldfunktion 81002):

Waldflächen in unmittelbarer Umgebung von Wohngebieten, Erholungsschwerpunkten und Sehenswürdigkeiten mit einer über die Wege hinausgehenden Beanspruchung der Waldflächen.

Es wird darauf verwiesen, dass hier die Erhaltung einer Waldrandfläche wichtig ist, da Waldrändern eine hohe ökologische Bedeutung zukommt. Waldränder dienen als Schutzmantel vor Windwurf, Erosion und Verhagerung, Stoffeinträgen, Frost, Lärm und Sicht. In diesem Fall wird Siedlungsraum gegenüber der bestehenden Fernverkehrsstraße abgeschirmt.

Bei der Abwägung geht es weiterhin um die Vorbildwirkung für andere Waldbesitzer, da mögliche Folgeanträge ähnlich gelagerter Fälle durch die Umwandlungsgenehmigung präjudiziert werden könnten. (z.B. durch das Hineinrücken in das Waldgebiet oder durch Rechtswidriges Handeln)

Ergebnis der Bewertung der zuvor benannten Fakten:

Die Ausstattung des Lebensraums Wald mit besonderen Merkmalen mit der Folge der wesentlichen Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes wird als geeignet bewertet, den Wald im überwiegenden öffentlichen Interesse zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

i. V. M. Ueck
Leiter Forstrevier Beeskow

| |
|--|
| Dieses Dokument wurde am 19.06.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig. |
|--|

Anlage:

- Kartenausschnitt

Rechtsgrundlagen

1. Waldgesetz des Landes Brandenburg (**LWaldG**) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung